

Wer hat den Krieg veranlaßt?

Die Antwort von hundert amerikanischen Professoren

Von Fr. Ungar-Harung

In keinem Lande der Erde, nicht einmal in Deutschland, wird die Kriegschuldfrage in der gesamten Öffentlichkeit seit nun bald einem Jahre mit solcher Leidenschaft und Gründlichkeit erörtert wie in Amerika. Einzelne Fragen, wie beispielsweise die Rätsel um den niemals veranstalteten, sogenannten Potsdamer Kontrat, könnte ein aufmerksamer durchschnittlicher amerikanischer Zeitungs- und Zeitschriftenleser genauer beurteilen als in der übrigen Welt die meisten Geschichtsprofessoren. Auf jeden Fall bieten wichtige Zeitschriften, wie „Current History“, „Rausende Geschichte“, und große Pressekonzerne, auch abseits von Hearst, immer wieder schon der Menge nach so umfassende Meinungsäußerungen über die Kriegschuldfrage, daß die große inneramerikanische Bewegung, die durch die Resolutionen des auch jetzt wieder gewählten Senators Shipstead gegen den Kriegschuldartikel des Versailles Vertrages ausgelöst worden ist, nur auf diesem Hintergrunde verständlich wird.

Noch so zahlreiche amtliche Erklärungen können ja an dem Zusammenhang zwischen Kriegsschulden, Kriegskriegstributen, Kriegsschuld nicht ändern. Sie wirken höchstens wie die Erklärung eines Mannes, der mitten in einem Volksbruch im Freien steht und mit Aufbietung der kühnsten Beschwörungsformeln versichert, daß er von strahlendem Sonnenschein überflutet werde. Fällt der Schulartikel des Versailles Vertrages, dann kommen die Tribute nicht nur ins Wackeln, sondern dann fallen sie um. Weil in Deutschland darüber einer bedeutenden Masse des Volkes die Wahrheit planmäßig vorenthalten, die Wirklichkeit geflissentlich verschleiert wird, muß man immer wieder das Wort Poincarés im „Temps“ vom 27. Dezember 1920 wiederholen: „In der Tat, wenn es nicht die Zentralmächte gewesen sind, die den Krieg verursacht haben, warum sollen dann gerade sie verurteilt bleiben, den Schaden zu bezahlen? Aus einer geteilten Verantwortlichkeit folgt notwendiger- und gerechterweise auch eine Aufteilung der Kosten! Man darf ja wohl einmal hervorheben, daß Poincaré besser weiß als irgend jemand in Deutschland, namentlich auch als diejenigen, die den Vorbereitungen des Kanzlers Brüning für eine Aufrollung der Verträge unerhörter Weise Steine in den Weg rollen, aus welchem Grunde der technische Artikel 231 des Versailles Vertrages geschaffen wurde.“

Im gleichen Jahrgang segelt die stark beachtete New Yorker Zeitschrift „The World Tomorrow“, die „Welt von Morgen“, wenn sie ausführt: „Wer hat den Krieg veranlaßt? Die Beantwortung dieser Frage ist von höchst politischer Bedeutung... Die aus der Kriegszeit stammende Lehre von der Alleinschuld der Mittelmächte wird von maßgebenden Geschichtsforschern, die das verfügbare Beweismaterial gründlich durchgearbeitet haben, beschleunigt fallen gelassen. Wenn Deutschland aber nicht allein schuldig ist, auf welcher ethischen Grundlage beruhen dann noch Schadenersatz- und Wiedergutmachungsforderungen? Warum soll dann noch das deutsche Volk sich unter den von ihm verlangten ungeheuren Jahreszahlungen krümmen? Wohlverstanden! So fragt man in Amerika!“

Die erwähnte Zeitschrift gelangte auf diesen Grundlagen zu einer Stichprobe über die gegenwärtigen Ansichten bei Männern und Frauen aller amerikanischen Berufsstände über die Frage: Wer hat den Krieg veranlaßt? Die verdienstvollen „Berliner Monatshefte“ des Kriegschuldforschers Dr. h. c. Alfred von Wegerer machen uns mit dem Ergebnis bekannt. Von 1200 befragten Personen, Professoren, Schulleitern, Redakteuren, Wohlfahrtsleitern, Geistlichen, Arbeiterführern, Rechtsanwälten, Geschäftsleuten, Offizieren des Heeres und der Marine haben 429 geantwortet, ein gutes Ergebnis, wenn man die angebotene heikle finanzielle Seite der Frage gerade für Amerika berücksichtigt. Von den 429 behaupteten nur 48 die Alleinschuld Deutschlands und seiner Verbündeten. Weniger als die Hälfte der Antwortenden meint, daß Deutschland mehr Schuld habe als eine andere Macht. Von hundert gesondert befragten Geschichtsprofessoren behaupten nur noch drei die kategorisch. 32 meinen, daß Deutschland für den Krieg mehr verantwortlich sei als irgend eine andere Macht, 56 dagegen verneinen das wiederum ohne Einschränkung. Geteilt ist die Meinung über die Streichung der Kriegsschulden und Reparationen. 42 der Professoren bekräftigen sie, 43 wollen davon nichts wissen und 15 bleiben unentschieden. Diese 15 nehmen also Rücksicht auf die Sparbüchsen ihrer Landsleute, die 42 schon beiseite gelassen haben zur Sicherung des Weltfriedens, von höherer Parte auch zur Sicherung des Lebens und der Fortschritte auch ihres eigenen Volkes.

Es handelte sich um eine Stichprobe, keine Allgemeinabstimmung. Aber auch diese Stichprobe erfüllt uns mit der Ueberzeugung: Die Wahrheit marschiert! Also helfen wir ihr nach.

Heute noch

müssen Sie unsere Schwarzwälder Tageszeitung bestellen, wenn Sie dies für den Monat Dezember noch nicht getan haben.

Württemberg und der Verwaltungsrat der Reichsbahn

Stuttgart, 21. Nov. Bei dem Rechtsstreit, der vom 22. bis 25. November 1930 vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig verhandelt wird, handelt es sich um den Anspruch der Länder Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden auf eine Vertretung im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Schon einmal hat dieser Rechtsstreit die Öffentlichkeit in Karlsruhe beschäftigt. So war im Dezember 1928, als die Reichsregierung die Besetzung der Verwaltungsratsstelle unmittelbar am Tage vor dem Zusammentritt des Staatsgerichtshofes vornahm und damit diesen aus schärfste brüskierte. Der Rücktritt des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons war bekanntlich die Folge. Als im Frühjahr 1924 die Deutsche Reichsbahn als selbständiges Unternehmen von der unmittelsbaren Verwaltung durch das Reichsverkehrsministerium losgelöst wurde, mußte das Reich einige Schranken beseitigen, die ihm die Staatsverträge mit den früheren Eisenbahnländern auferlegt hatten. Das Reich schloß nach längerer Verhandlung mit den Ländern Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden eine im wesentlichen gleichlautende Vereinbarung vor, nach der diese in die Organisationsänderung willigen sollten, wogegen ihnen vom Reich eine Vertretung im zukünftigen Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn aus eigenem Recht zugesichert wurde. Als später der Domesplan vorlag, wollte das Reich sich der übernommenen Verpflichtungen durch die Behauptung entziehen, seine Zustimmung habe nur für das Unternehmen „Deutsche Reichsbahn“ gelten, nicht für die nun zu gründende Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, deren Verwaltungsrat wesentlich kleiner sei, als das Reich ursprünglich angenommen habe, und dessen Mitglieder zur Hälfte nicht von der Reichsregierung, sondern vom Treuhänder ernannt würden. Es gelang dem Reich, zwar zunächst, sich mit Preußen, ebenso mit Bayern und Sachsen zu einigen. Nach dem Tode des preussischen Reichsregierers ernannte jedoch das Reich gegen den Willen Preußens den Reichsanwalt a. D. Dr. Lütber zum Verwaltungsratsmitglied. Preußen rief mit Erfolg den Staatsgerichtshof an. Trotz des gleichen Wortlauts der mit den anderen Ländern ausgetauschten Erklärungen bestritt das Reich diesen gegenüber ein gleiches Recht. Nach mehreren ergebnislosen Verhandlungen erhob Baden Klage beim Staatsgerichtshof, die das Reich mit Gegenantrag gegen Baden, aber auch gegen die Länder Bayern, Sachsen und Württemberg beantwortete, daß ihnen überhaupt kein Anspruch auf Vertretung im Verwaltungsrat zustehe.

Die Reichsregierung ist unzulässig als die der übrigen vier Länder. Weber das Beschlussesverweigen ist eine Einseitigkeit heute noch nicht erzielt. Der bayerischen Klage wegen der Vorkommissionen wird sich Württemberg anschließen. Die Vertretung der preussischen und bayerischen Interessen im Vorstand selbst bedeutet eine viel wirksamere Berücksichtigung dieser besonderen Belange, als sie durch die Zuzugung eines Sitzes im Verwaltungsrat je erreicht werden kann. Trotzdem hat Preußen und Bayern seinen Landesvertreter im Verwaltungsrat. Dagegen sind die als Verbindungsleute aufgestellten Direktionspräsidenten von Stuttgart und Karlsruhe Vollzugsorgane des Vorstandes der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, ohne in diesem selbst Sitz und Stimme zu haben. Schon durch ihre abhängige Stellung ist es bedingt, daß sie die Landesinteressen der Staatverwaltung gegenüber nicht mit gleich starker Entschiedenheit vertreten können, wie es der preussische Abteilungsleiter der Hauptverwaltung und der Leiter der Gruppenverwaltung Bayern tun kann. Hat der Vorstand in einer Frage entschieden, so ist eine weitere Fühlungsnahme der württembergischen und badischen Landesregierung mit den „zur Auskunftserteilung verpflichteten“ Direktionspräsidenten in Stuttgart und Karlsruhe von höchst problematischem Wert. Deswegen müssen gerade die beiden süddeutschen Länder besonderen Wert darauf legen, daß sie wenigstens in den ganz wichtigen Fragen, die vor dem Staatsgerichtshof kommen, durch eine Vertretung im Verwaltungsrat aus eigenem Recht ihre Belange in Wort kommen lassen können. Daß die süddeutschen Länder nicht einfach mit den Ländern gleichgestellt werden können, die früher überhaupt keine Eisenbahn gehabt haben, zeigt am besten die aktive Eisenbahnpolitik, die Württemberg seit einer Reihe von Jahren verfolgt (Waubau der Nordalbstraße, Elektrifizierung des Stuttgarter Vorortverkehrs, Hafenbahnhof in Friedrichshafen). Die anderen Länder haben dem nichts Gleichwertiges gegenüberzustellen.

Die Länderklage gegen die Reichsbahn

Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof — Verkündung der Entscheidung am Dienstag

Unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Sumke wurde vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich über den Streit des Deutschen Reiches gegen die Länder Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg wegen der Benennung von Mitgliedern zum Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft verhandelt. Als Vertreter des Reichsverkehrsministeriums führte zunächst Ministerialrat Orthmann aus: Das Reich könne sich keineswegs das bedeutende Hoheitsrecht an der Reichsbahn zugunsten der Länder beschneiden lassen. Die früher mit Bayern, Sachsen usw. getroffenen Vereinbarungen hätten sich nur auf den Verwaltungsrat des Unternehmens „Deutsche Reichsbahn“ beziehen können. Der Einfluß der Länder sei auch außerhalb des Staatsvertrages durch mancherlei Maßnahmen sichergestellt. Die Ansprüche der Länder könnten also nicht als begründet angesehen werden.

Für das Land Bayern sprach dann Ministerialrat Dr. Hellmann. Er kam zu dem Schluß, daß die Vereinbarungen vom Februar 1924 zwischen dem Reich und dem Land Bayern noch beständen, und daß sie Bayern das Recht gäben, zur unmittelbaren Benennung eines Mitgliedes des Verwaltungsrates.

Die Stellung des Landes Sachsen behandelte Oberregierungsrat Dr. Hünefeld. Sachsen sei nicht nur ein Sitz im Verwaltungsrat, sondern unter Umständen sogar einer im engeren Ausschuss zugesichert worden. Es sei höchst merkwürdig, daß das Reich jetzt den damaligen Reichsverkehrsminister desavouierte. Das Ver-

trauen zum Reich müsse dadurch ungemein erschüttert werden. Die Ansprüche Sachsens beständen zu Recht.

Oberregierungsrat Dr. Schiller führt für das Land Württemberg aus, daß auch mit seinem Lande ein Vertrag zustande gekommen sei. Die Länder hätten auch ein schutzwürdiges Interesse, in dem Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft vertreten zu sein. Für Preußen sei dies ohne weiteres anerkannt, weil es 75 v. H. aller Eisenbahnlinien habe. Aber auch die kleineren Länder hätten ein Interesse, im Verwaltungsrat einen Vertreter zu haben, denn Preußen habe außerdem ein Mitglied in der Hauptverwaltung und Bayern eine besondere Gruppenverwaltung, Sachsen sei noch ein Mitglied im engeren Ausschuss zugesichert. Das Reich habe also ganz bewußt nach den Einflüssen der einzelnen Länder abgestuft.

Ministerialrat Seeger erklärte für das Land Baden, daß es die Regelung viel lieber gesehen hätte, wenn das Reich mit ihr gütlich verhandelt hätte. Das Vertrauen werde dadurch nicht erhöht, es werde im Gegenteil eine Atmosphäre des Mißtrauens geschaffen. Die Forderungen der Länder entsprächen durchaus Paragraph 12 der Gesellschaftsverträge, der Verwaltungsrat müßte nach regionalen Gesichtspunkten sich zusammensetzen.

Gesandter Honold führte aus, daß Baden seit Mai ein Mitglied im Verwaltungsrat habe, daß aber der Reichsverkehrsminister ausdrücklich betont habe, daß damit der Streit nicht erledigt sei. Die Rechtsgültigkeit der Verträge sei früher niemals angezweifelt worden. Es handle sich nicht um Hoheitsrechte, sondern um eine rein materielle Angelegenheit, der Kaufpreis für die Eisenbahnen sei vom Reich noch nicht gezahlt, nicht einmal die Zinsen seien gezahlt. Deshalb wollten sich die Länder eine Aufschlagsmöglichkeit im Verwaltungsrat sichern. Wenn sie heute die Bahnen noch hätten, wären die ganzen Staatsfinanzen saniert. Es liege also ein durchaus berechtigtes Interesse vor und es sei auch keine Unmöglichkeit der Erfüllung für das Reich gegeben.

Ministerialrat Orthmann erwiderte für das Reichsverkehrsministerium, daß die Erklärungen des Reichsverkehrsministers vom Feb. 1924 nur für die „Deutsche Reichsbahn“ rechtsgültig seien. Die Kreditwürdigkeit der Reichsbahn gegenüber dem Ausland fordere, den Eindruck zu vermeiden, als sei der Verwaltungsrat politisch zusammengesetzt.

Oberregierungsrat Dr. Hünefeld gab dann namens des Landes Sachsen und der übrigen beteiligten Länder eine Erklärung ab, in der die Verweigerung dagegen eingelegt wurde, daß Gefahr bestehen solle, daß durch die Ernennung von Landesvertretern politische Gesichtspunkte mehr als bisher in die Arbeit des Verwaltungsrates getragen würden. Gerade umgekehrt sei diese Gefahr durch die letzten Ernennungen des Reiches größer, als im sachlichen Interesse geboten sei. Gegen diese Erklärung erhoben die Vertreter des Reichsverkehrsministeriums Widerspruch. Reichsgerichtspräsident Dr. Sumke bestimmte Termin zur Verkündung für Dienstag, 10 Uhr, an.

Landesversammlung der Volksrechts-Partei

Stuttgart, 22. Nov. Vorlesung Sonntag fand in Stuttgart eine von den Ortsleitern und Vertrauensleuten überaus lebhaft besuchte Landesversammlung der Volksrecht-Partei statt. Der Vorsitzende Abg. Bauer gab einen Ueberblick über die politische Lage, nahm Stellung zu dem Wahlergebnis vom 14. September, das Dank der verfassungswidrigen Wahlbestimmungen für die Volksrecht-Partei kein Mandat erbrachte, obwohl nach der Stimmentafel 5 Mandate auf die Partei entfallen wären. In einer Aussprache wurde zu Fragen der Organisation und des Ausbaus der „Selbsthilfe“ eingehend Stellung genommen. Es wurden Arbeitsausschüsse gebildet. Unter allgemeiner Zustimmung wurde beschlossen, mit aller Kraft die Organisation und die Presse der Volksrecht-Partei weiter auszubauen und die Ideen des Volksrecht-Kampfes in weiteste Kreise zu tragen.

Ein Reihengräberfriedhof bei Deißlingen

Beim Bau der Umgehungsstraße, welche die Orte Büblingen, Lauffen, Deißlingen von dem immer stärker werdenden Autoverkehr nach dem südlichen Schwarzwald entlasten soll, rief man vor einigen Wochen 500 Meter vom Südrand von Deißlingen auf dem Hohenbühl auf alamannische Gräber. Dort dem Entgegenkommen des Straßen- und Wasserbauamts Kottweil war es dem Landesamt möglich, trotz der schnell fortschreitenden Grabarbeiten wenigstens noch 66 Gräber zu untersuchen. Die Ergebnisse waren befriedigend. Es wurden eine große Anzahl sehr wertvoller Funde geborgen. Hervorzuheben sind vor allem eine reich mit Amantinen geschmückte goldene S-Fibel, ferner ein Goldring mit einseitigem Stein, eine silberne Alamandin-Schleifentafel, drei silberne S-Fibeln, zwei silberne Rundfibeln, reich mit Kerbschnittornamenten verziert, zwei Bronzefibeln mit halbrunder Kopfplatte und geradem Fuß, zwei andere derselben Art mit in Tierkopf endigendem Fuß, zwei Spangelfibeln mit rechteckiger Kopfplatte und oalem in Tierkopf endigendem Fuß, auch diese Stücke, alle aus Silber, Sinnwörter aus Bergkristall, Achat, Glas — diese besonders farbenprächtig — und Ton. Auch viele Keramik konnte geborgen werden, doch müssen die Töpfe erst wieder zusammengesetzt werden, ebenso wie die Scherben zweier Trinkbecher aus Glas. Die Beigaben aus den Männergräbern sind die üblichen, Lanzen und Pfeil-Spitzen, Spaten, Saue, dazu die Beschläge des Wappentragers; eine Besonderheit, daß die sonst in alamannischen Gräbern nicht besonders häufige Franziska in drei Exemplaren gefunden wurde. Eine volle Auswertung der Ergebnisse der Grabung wird erst möglich sein, wenn die Funde alle konserviert sind. Doch läßt sich jetzt schon sagen: Der Friedhof von Deißlingen ist einer der reichsten der bis jetzt in Württemberg bekannt gewordenen. Es hat aber eine besonders wohltuende Seite geoffen, was man auch heute noch an der Ausdehnung der Ortsanerkennung erkennen kann, die eine der größten der Saar ist. Der Ort Deißlingen wird zum ersten Mal 802 als villa tusslinga erwähnt. Die Gräber, welche bis jetzt aufgedeckt wurden, gehören dem 5. und 6. Jahrhundert an.

Ehrung des Professors Dr. Dehio

Tübingen, 22. Nov. Der Herr Reichspräsident hat dem Universitätsprofessor a. D. Dr. Dehio-Tübingen zu seinem heutigen 80. Geburtstag den Adlerschild des Reiches verliehen und mit nachfolgendem Schreiben zugehen lassen:

„Zur Vollendung des 80. Lebensjahres spreche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche aus. In einem an Arbeit reichen Leben, währenddessen Sie über ein Vierteljahrhundert dem Lehrstuhl für Kunstgeschichte an der Strassburger Kaiser-Wilhelm-Universität innehabten, haben Sie als Lehrer, Forscher und Herausgeber bedeutungsvoller Veröffentlichungen sich um die Förderung der deutschen Wissenschaft und Kunst besondere Verdienste erworben. Ich gedenke dabei insbesondere Ihres großen monumentalen Werkes über die Geschichte der deutschen Kunst, in dem Sie über Entwicklung der deutschen Kunst die Wesensmerkmale des Deutschtums erkennbar werden lassen. Dem Dank, den das deutsche Volk Ihnen schuldet, verleihe ich Ausdruck, indem ich Ihnen die höchste Ehrung des Reiches zuerkenne, den Adlerschild, der auf der Vorderseite das Symbol des Reiches, auf der Rückseite die Widmung „Dem Lehrer und Geschichtsschreiber der deutschen Kunst“ trägt. Mit den besten Wünschen für Ihr weiteres Schaffen und Ihr persönliches Wohlergehen und mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener Ges. v. Hindenburg.“

Gefallenen-Gedenkfeier auf dem Waldfriedhof

Stuttgart, 23. Nov. Am Totensonntag wurde in ganz Württemberg, in Stadt und Land, durch besondere Feiern der Opfer des Weltkrieges gedacht. Auch in den Kirchen wurde während des Gottesdienstes auf die Bedeutung des Tages hingewiesen und von den Tümen erklaute um die Mittagsstunde allgemeines Trauergelächte. In der Landeshauptstadt, die n den Landes- und Reichsfarben Halbmaße oder mit Trauerslor reich geflaggt hatte, fand am Sonntag nachmittag auf dem Waldfriedhof eine gemeinsame Gedenkfeier der württ. Regierung und der Stadt Stuttgart statt, zu der sich eine überaus große Zahl Teilnehmer bei dem großen Friedhofskreuz, vor dem zwei Opferkranz brannten, einfand. Gegenüber dem Kreuz befand sich, flankiert von hohen Lanzen, ein mit Blumen geschmückter Katafalk, auf dem ein Stahlhelm und vier gekreuzte Bajonette lagen. Unter den Erschienenen sah man als Vertreter der Württ. Regierung Kultminister Dr. Bajolle und Finanzminister Dr. Dehlinger, als Vertreter der Stadtverwaltung Oberbürgermeister Dr. Lautenschläge, den Kommandeur der 5. Reichswehrdivision Generalleutnant Seutter v. Löwen und zahlreiche Offiziere der alten Armee, Abordnungen der verschiedenen Krieger- und Regimentsovereine, des Frontkämpferbundes, des Roten Kreuzs, Abteilungen der Reichswehr und der Polizeiwehr und die Stuttgarter Stadtreiter. — Nach einem Vorspiel der Kapelle des Grenadierbataillons des Reichsmehrinf.-Reg. 13 unter Leitung von Obermusikmeister Müller hielt der evangelische Stadtprediger von Stuttgart-Gaisburg, Lic. theol. Eschenwein, die Gedächtnisrede, in der er betonte, daß die Gefallenen noch immer und noch lange Ernstes und Wichtiges zu sagen haben. Die Mahnung der Gefallenen von 1886: „Nie wieder Bruderkrieg!“, die Mahnung der Toten von 1870 auf 1871: „Halte fest was wir Euch erstritten!“ und das Vermächtnis der Gefallenen des Weltkrieges: „Seid treu und bewahrt die Kameradschaft!“. Der vaterländische Gesangverein Ehrenfeld umrahmte die Rede mit Gesangsbeiträgen. Den Abschluß der erhebenden Feier bildete der Abmarsch zum Gefallenenehrenmal, an dem die Abteilungen der Reichswehr und Polizeiwehr, die verschiedenen Vereine und Abordnungen unter den Klängen eines Armeemarsches vorbeizögen.

Spiel und Sport

Bezirksliga

- Gruppe Württemberg:
 - Stuttgarter Riders — Union Bödingen 4:0
 - FSV Stuttgart — VfR Heilbronn 2:3
 - FC Birkenfeld — Germania Brödingen 1:1
- Gruppe Baden:
 - SpVg. Schramberg — Karlsruher FV 4:5
- Gruppe Südbayern:
 - Schwaben Augsburg — Bayern München 3:3
 - DSV München — Teutonia München 2:3
 - 1860 München — Wacker München 6:1
- Gruppe Nordbayern:
 - FSV Jülich — Bayern Hof 0:0
 - MSV Nürnberg — FV 04 Würzburg 2:2
 - Würzburger Riders — SpVg. Jülich 1:2
- Gruppe Rhein:
 - Böhmig Ludwigshafen — SpVg. Sandhofen 3:1
 - SpVg. Mundenheim — FC Kirchheim 3:1

Ueberrassungen in Württemberg

Geschlagene Tabellenführer

In Württemberg hat der Totensonntag den Spielbetrieb nicht geschmälert. Während der Spiele wurde in einer zwei Minuten langen Gebetspause der Gefallenen gedacht. Alle drei Spiele des Sonntags brachten unerwartete Ergebnisse. Der Sieg der Stuttgarter Riders über die Union Bödingen mit 4:0 übertrifft in seiner Höhe, — Senktion bedeutet die Niederlage des VfR gegen den Tabellenführer VfR Heilbronn mit 2:3. Die Heilbronner kämpften angesichts des drohenden Abstiegs mit großem Kampfesgeist. — Der Kampf der Nachbarn in der Pforzheimer Ecke, FC Birkenfeld und Germania Brödingen, endete gleichfalls überraschend unentschieden, nachdem man den Birkenfeldern die größeren Aussichten zugesprochen hatte. — Nach den Niesozlagen der beiden Meisterschaftsanwärter VfR und Union Bödingen liegen beide nun relativ punktgleich in der Tabelle hinter dem FC Pforzheim, der aus den beiden Niederlagen den Hauptvorteil zieht, da seine Aussichten zunächst wieder die größten sind. Allerdings stehen den Pforzheimern noch schwere Spiele, besonders in Bödingen bevor.

Karlsruher FV. Badischer Meister

Das einzige Spiel der Gruppe Baden brachte die Entscheidung der Meisterschaft. Der Altmeister KSV benötigte nur einen Punkt, um den Titel wieder an sich zu bringen. Er holte sich aber deren zwei, denn nach einem harten und aufregenden Spiel mußten sich die Schwarzwälder auf eigenem Platz mit 4:5 (2:3) beugen. Daß der Kampf nicht mit dieser Ritterlichkeit ausgetragen wurde, die man gerade am gestrigen Sonntag erwartete, daran trug ein Teil der Schuld auch der Schiedsrichter Fritz Dagersheim. Trotz vieler Unschönheiten hinsichtlich wahren Sportgeistes zeigte der KSV eine ausgezeichnete technische Leistung.

Lichtstrahlen

Um mich her die großen Scharen, die verkrüppelt, stumm und blind, mir jetzt schon seit 50 Jahren Pfleg- und Sorgenfinder sind, dürften danach, sich zu laben an der Liebe Weihnachtsgaben. Laßt mich bitten, laßt mich stehen für die Ärmsten groß und klein, daß sie in dem Jammer sehen des Erbarmens milden Schein, einen Strahl von jenem Licht, das durchs Lebensdunkel bricht.

Als Lichtstrahlen in das Dunkel seiner tausend Kreuzträger erblickt Scherstein im 50. Jubiläumjahr der 80jährige Krüppelwäler D. H. Braun, Sup. l. R., Angerburg Ostpr. (Postfachkonto Königsberg 2423).

Handel und Verkehr

Schweinepreise. Fönnabehn: Milchschweine 16—26, Fäuler 45—60 M. — Dilschweine: Milchschweine 18—28 M. — Gaildorf: Milchschweine 17—29 M. — Rürtzingen: Fäuler 30—70, Milchschweine 14—29 M. — Wursach: Ferkel 20—31, Fäuler 30—55 Mark.

Wiedpreise. Rürtzingen: Ferkel 325, Ochsen und Stiere 285—511, Rube 200—720, Kalbinnen und Kälber 191—280, Kälber 191—280 M. — Ochringen: Rube 360—580, Kalbinnen 450—620, Stiere und Jungrinder 260—410 Mark.

Siberach, 21. Nov. (Herdemaatl.) Zulubr 75 Werde. Preis 300—1300 Mark

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 22. Nov. Tafeläpfel 25—40, Tafelbirnen 25—45, Walnüsse 40—50, Kartoffeln 3 bis 4, Kopsalat 6—12, Endivienalat 6—10, Wirsing 5—6, Filderkraut 2—3, Weiskraut 3—4, Rotkraut 5—6, Blumenkohl 20 bis 70, Rosenkohl 10—25, Rote Rüben 6—8, Gelbe Rüben 5 bis 6, Karotten 10—20, Zwiebel 4—6, Gurken 20—60, Rettiche 5 bis 8, Monatsrettiche 10—12, Sellerie 10—20, Tomaten 20 bis 30, Schwarzwurzel 30—35, Spinat 12—15, Kohlraben 4—6 Fla.

Routen

Albert Blaus, früher Inhaber einer Kolonialwarenhandlung in Eberdingen.

Lina Horlacher, Inh. ein. Weißwarengeschäfts in Dehrtingen.

Vergleichsverfahren

Karl Bauer, Baumeister in Stuttgart-Gablenberg.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Stühlingen, 22. Nov. (Vech der Nationalsozialisten.) Die Nationalsozialisten, stellten hier ähnlich wie in Ueberlingen nur 6 Kandidaten auf, während sie 11 Sitze errangen. Das Zentrum konnte die fünf Sitze, die nach der Wahlordnung zu verteilen sind, erringen.

Koch-Weiser Vorsitzender des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes. Auf dem 7. Deutschen Beamten-Wirtschaftstag wurde der frühere Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Koch-Weiser, einstimmig zum 1. Vorsitzenden des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes gewählt.

Metallarbeiterstreik in Wiesbaden. Seit einiger Zeit bestehen hier zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Metallindustrie Lohnunterschiede. Zuerst traten die Spengler, Schlosser und Elektriker in den Streik. Heute haben sich sämtliche Metallarbeiter der Bewegung angeschlossen.

Eine Kreuzer-Anleihe für Italien? „Deure“ will erfahren haben, daß die italienische Regierung mit einer der bedeutendsten schwedischen Firmen in Fühlung getreten sei und über die Abtretung des Streichholzmonopols gegen Gewährung einer Anleihe verhandele.

Kälteleib einer Waise. Bahnbeamte, die in der Frühe zum Dienst gingen, fanden an einem Zaune bei Neustettin ein junges Mädchen brennungslos und halberfroren auf. Die Beamten sorgten für die sofortige Ueberführung des Mädchens ins Krankenhaus, wo es jedoch starb.

Zwei Todesurteile des Straßburger Schwurgerichts. Das Straßburger Schwurgericht hat den Deutschen Füll- und seine Freundin Leonie Scheibel wegen Ermordung des Chauffeurs Ulrich zum Tode verurteilt. Die Geschworenen haben ein Begnadigungsgesuch zugunsten Fülls unterzeichnet.

Die Gattin des früheren Botschafters Schurman gestorben. Frau Barbara Munro Schurman, die Gattin des früheren amerikanischen Botschafters in Berlin, ist nach einwöchigem Krankenlager an einer Lungenentzündung in Badford gestorben.

Rundfunk

Dienstag, 25. Nov.: 6.15 Uhr Morgengymnastik, von 10 bis 11.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 15.30 Uhr Frauenstunde, 16 Uhr Konzert, 17.45 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, 18.05 Uhr Vortrag: Jugend und Buch, eine pädagogische Betrachtung für Eltern, 18.35 Uhr Vortrag: Dorpat deutsche Studenten auf einer Vorkriegsbeaterreise durch Rußland, 19 Uhr Zeit, 19.05 Uhr Vortrag: Die badisch-schwäbische Kulturlandschaft, 19.30 Uhr eine Regieübung im Nationaltheater Mannheim, 20 Uhr Gitarre-Vorträge, 20.45 Uhr Aus volkstümlichen Opern und Operetten, 22 Uhr Nachrichten.

Mittwoch, 26. Nov.: 6.15 Uhr Morgengymnastik, von 10 bis 11.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 16 Uhr Kinderstunde, 16 Uhr Konzert, 17.45 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, 18.05 Uhr Vortrag: Soziales Leben der Ostafrikaner, 18.35 Uhr Speraantofars, 19 Uhr Zeit, 19.05 Uhr Vortrag: Geistige Gesichter der Gegenwart, 19.30 Uhr Vier Mundartdichter am Mikrophon, 20 Uhr Die Adressseiten, 22 Uhr Opern-Konzert, 23 Uhr Nachrichten.

Gekorbene

Freudenstadt: Rosine Grammel, geb. Schmeltz, 71 Jahre alt.
Brödingen: Jakob Teufel, 49 Jahre alt.
Esbach: Johannes Kermag, Bädermeister.
Eschelbronn: Katharine Hörmann.

Buntes Allerlei

Die Lawine der Zwangsversteigerungen

L.C. In der Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni 1930 ist, wie die Preussische Statistische Korrespondenz mitteilt, in Preußen über 2537 ländliche Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 63 429 Hektar und einem Grundsteuerertrag von 720 801 Mark das Zwangsversteigerungsverfahren eröffnet worden. Im gleichen Zeitraum sind 687 landwirtschaftlichen Anwesen im Gesamtumfang von 30 765 Hektar Fläche zur Zwangsversteigerung gekommen.

Damit setzt sich in verstärktem Maße das Anwachsen der Zwangsversteigerungen in den letzten Jahren fort. Zwar hat die Zahl der Zwangsversteigerungen, oberflächlich gesehen, gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr und der gleichen Zeit des Vorjahres abgenommen, jedoch nur bei landwirtschaftlichen Grundstücken, die im Nebenbetriebe mit bewirtschaftet werden, während bei den rein landwirtschaftlichen Grundstücken in allen Volkswirtschaften eine erhebliche Zunahme der Zwangsversteigerungen gegenüber dem Vorjahre festzustellen ist. Besonders in den Größtenklassen von 50 bis 100 Hektar und über 100 Hektar haben die eingeleiteten Verfahren gegenüber dem Vorjahr nur mehr als ein Drittel zugenommen. Dementsprechend ist auch die zwangsversteigerte Fläche stärker answachsen als die Zahl der Betriebe. Nach wie vor sind es hauptsächlich die östlichen Bezirke, die von den Zwangsversteigerungen betroffen werden. Dabei ist es bemerkenswert, daß in den westlichen Provinzen die eingeleiteten Verfahren anscheinend verhältnismäßig weniger zur Durchführung gelangen als in den östlichen Landesteilen.

Nach eindringlicher als bei dem Verlaufe der einzelnen Vierteljahre zeigt sich das vernichtende Anwachsen der landwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen, wenn man für ganz Deutschland die Entwicklung in den Nachkriegsjahren darlegt. So stieg die Zahl der jährlichen Zwangsversteigerungen von 525 im Jahre 1924 bis 1925 auf 2403 im Jahre 1927 bis 1928, und auf 3130 im Jahre 1929 bis 1930. Die Zahl der Fläche aber wuchs in den entsprechenden Jahren von 2172 Hektar über 37 875 auf 111 813 Hektar im Rechnungsjahr 1929 bis 1930. Das laufende Jahr wird leider auch diesen traurigen Rekord schlagen und eine weitere katastrophale Steigerung der Zahl und der Fläche der zwangsversteigerten landwirtschaftlichen Betriebe bringen.

Vater von 130 Kindern

Ein Pariser Reporter, der sich besonders für die Quantität des Nachwuchses in den soldatenliefernden französischen Kolonien interessierte, stellte fest, daß es in Fort de France, der Hauptstadt der Insel Martinique, mehrere Negerdämer mit 50 bis 60 Kindern — von verschiedenen Müttern — gibt. Die größte Kuriosität von Martinique sei jedoch ein alter Chinese, der nicht weniger als 130 Kinder sein eigen nennt. Er habe sie sämtliche sorgsam erzogen und ein Handwerk lernen lassen. Die meisten der Kinder wüßten nicht, wer ihre Mutter sei — die Frage interessiere sie aber auch nicht sonderlich. „Ich bin ein Vater“, jagte der jetzt 70jährige Erzeuger der 130 Kinder zu dem Zeitungsmann, „aber kein Gatte“. Der tatkräftige Vater ist immer noch — Junggeselle.

„Der dritte Grad“

In New York ist unter dem Titel „Der dritte Grad“ soeben ein Buch erschienen, das umso größeres Aufsehen erregt, als sein Verfasser, Emanuel Lavine, ein angesehener Gerichtsberichterstatler, verheiratet, Augenzeuge der verschiedenen Grade der Folter geworden zu sein, welche die Polizei zur Erzwingung von Geständnissen ganz regelmäßig anwendet. Die Verfahren, die man dabei anwendet, gehen von einfachen Schlägen, die dem Häftling mit einem harten Knüttel auf den Kopf verjett werden, bis zu Folterqualen, welche die „Feder sich zu beschreiben weigert“. Lavine schwört, mit eigenen Augen gesehen zu haben, wie die Polizei einen Gefangenen, dem sie ein Geständnis abpressen wollte, 30 Sekunden lang Schläge mit einem Gummischlauch verjette, um ihn dann auf den Operationsstuhleines Zahnarztes zu setzen und ihm die Zähne einzuschlagen. Der dritte Grad ist nach Lavine ein fester Bestandteil der normalen Unterfangungspraxis, den man mit der Behauptung zu rechtfertigen verjucht, daß 70 Prozent aller Fälle nur durch Zwang erledigt werden könnten. Der Verfasser des sensationellen Buches verjichert ferner, daß jugendliche Mörder, die sich in den Spelunken der New Yorker Unterwelt verborgen halten, für die Polizei unauffindbar bleiben, wenn sie eine Brämie zwischen 25 und 300 Dollar nicht scheuen. Der genaue Preis wird von der bestechlichen Polizei von Fall zu Fall nach der Leistungsfähigkeit des Opfers festgelegt. Diese Anshuldigungen beziehen sich auf Richter wie Politisten. Lavine erklärt, daß das System der Beamtenwahl nach politischen Gesichtspunkten, wie es in den großen Städten gang und gäbe sei, für diese Zustände verantwortlich zu machen sei.

Humor

Schöner Witz

Zwei Freunde sind nach Amerika ausgewandert. Da gerade verschiedene Kongresse in Newyork tagten, fanden sie kein Hotelzimmer. Verzweifelt kommen sie spät nachts zu einem Wollenträgerhotel. Entmutigt fragen sie den Portier, ob er noch ein Zimmer frei hätte.

„Da haben Sie Glück, ein Zimmer mit zwei Betten ist noch im 50. Stock frei, aber der Fahrstuhl geht nicht mehr.“

„Wie werden wir raufkommen?“ fragte der eine den anderen.

„Ich werde dir Wize erzählen, dabei wird schon die Zeit vergehen.“

Die Wize des Freundes reichten aber nur bis zum 40. Stockwerk.

„Gut, werde ich dir einige Wize erzählen!“ sprach der andere.

Und so kamen sie zum 48., 49., 50. Stock. Oben angelangt, sagte der eine der Freunde:

„Jetzt werde ich dir einen Wize erzählen, da wirst du wirklich lachen: Ich habe die Schlüssel unten liegen lassen!“

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul. Druck und Verlag der W. Rieferschen Buchdruckerei, Altenfels.

